

# Presseinformation

## Europäischer ITK-Markt stabilisiert sich im Jahr 2010

- **Informationstechnik steht europaweit vor Erholung**
- **Geringe Auswirkungen der Krise auf die Telekommunikation**

**Berlin, 8. November 2009**

Der ITK-Markt wird sich im kommenden Jahr europaweit stabilisieren. Das berichtet der Hightech-Verband BITKOM auf Basis aktueller Daten des European Information Technology Observatory (EITO). Nach der aktuellen EITO-Prognose wird der Umsatz mit Produkten und Diensten der Informationstechnik, Telekommunikation und Consumer Electronics in der EU im Jahr 2010 um 0,5 Prozent auf rund 714 Milliarden Euro zurückgehen. Im Jahr 2009 beträgt das Minus noch 2,2 Prozent auf 718 Milliarden Euro. „Die globale Wirtschaftskrise trifft den ITK-Sektor weniger als viele andere Branchen“, sagte BITKOM-Präsident Prof. August-Wilhelm Scheer. „Der Aufschwung der Gesamtwirtschaft im kommenden Jahr wird auch zu einer Belebung der Hightech-Märkte führen.“ Insbesondere die Nachfrage der Unternehmen werde dann wieder anziehen.

Der IT-Markt (IT-Hardware, Software, IT-Services) wird im kommenden Jahr nach der EITO-Prognose in den EU-Ländern wieder um 0,6 Prozent wachsen und die Marke von 300 Milliarden Euro übersteigen. Scheer: „In der Informationstechnik ist ein Investitionsstau entstanden, der sich in den kommenden zwei Jahren auflösen wird.“ Nach einem Plus von über 3 Prozent im Jahr 2008 wird der IT-Markt im laufenden Jahr um 2,6 Prozent auf rund 299 Milliarden Euro schrumpfen. „Stark von der Wirtschaftskrise betroffene Unternehmen, zum Beispiel aus dem Maschinen- oder Fahrzeugbau, warten mit dem Start neuer IT-Projekte ab, bis sich die Lage bessert“, sagte Scheer. Dem gegenüber wird der Umsatz mit Outsourcing-Services in der EU bereits im Jahr 2009 gegen den Trend um 4 Prozent auf 66 Milliarden Euro steigen.

Den geringsten Rückgang innerhalb des ITK-Markts verzeichnet im Jahr 2009 die Telekommunikation mit einem Minus von 0,7 Prozent auf rund 361 Milliarden Euro. Der Umsatz mit Telekommunikationsdiensten bleibt mit 295 Milliarden

Bundesverband  
Informationswirtschaft,  
Telekommunikation und  
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10 A  
10117 Berlin-Mitte  
Tel. +49. 30. 27576-0  
Fax +49. 30. 27576-400  
bitkom@bitkom.org  
www.bitkom.org

**Ansprechpartner**  
Maurice Shahd  
Pressesprecher Konjunktur  
und Wirtschaftspolitik  
Tel. +49. 30. 27576-114  
m.shahd@bitkom.org

Dr. Axel Pols  
Chefvolkswirt  
Tel. +49. 30. 27576-120  
a.pols@bitkom.org

**Präsident**  
Prof. Dr. Dr. h. c. mult.  
August-Wilhelm Scheer

**Hauptgeschäftsführer**  
Dr. Bernhard Rohleder

## Presseinformation

Europäischer ITK-Markt stabilisiert sich im Jahr 2010

Seite 2

Euro auf Vorjahresniveau. „Die Wirtschaftskrise hat vergleichsweise geringe Auswirkungen auf den Telekommunikationsmarkt. Er ist vor allem durch regulatorische Eingriffe und veränderte Nutzungsgewohnheiten geprägt“, sagte Scheer. Während die Nutzung von Festnetztelefonen seit Jahren rückläufig sei, Sorge der Boom bei Datendiensten für eine Belebung. Der Umsatz mit Kommunikationstechnik, zu der Endgeräte wie Handys und Netzinfrastruktur gehören, sinkt um 4 Prozent auf 65,5 Milliarden Euro.

Das stärkste Minus verzeichnet der europäische Markt für digitale Consumer Electronics. Wegen stark sinkender Preise für Flachbildfernseher, Digitalkameras oder Navigationsgeräte wird der Umsatz laut EITO 2009 um 8 Prozent auf 58,5 Milliarden Euro zurückgehen. Eine nachhaltige Erholung ist angesichts eines Minus von 6 Prozent auch im Jahr 2010 nicht zu erwarten.

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 1.300 Unternehmen, davon 950 Direktmitglieder mit etwa 135 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Anbieter von Software, IT-Services und Telekommunikationsdiensten, Hersteller von Hardware und Consumer Electronics sowie Unternehmen der digitalen Medien. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.